

### Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft und Landtag) im Dezember 2015

Frage der / des Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tunchel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE "Neubau des Bürger- und Sozialzentrums in Huchting (bus)"
Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

### Zu Frage 1:

Die Baugenehmigung wurde inzwischen erteilt. Die Genehmigungsfähigkeit des Bauvorhabens wurde der IB bereits im September diesen Jahres signalisiert, so dass die weiteren Schritte wie Planungen sowie die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen bereits vorgenommen werden konnten.

Abbrucharbeiten sind anzeigepflichtig, aber nicht genehmigungspflichtig. Die auf der vorgesehenen Neubaufläche nötigen Abbrüche konnten daher bereits vor Erteilung der Baugenehmigung erfolgen. Auch die Baumfällungen auf dem künftigen Neubaufeld wurden mit dem Bauressort abgestimmt und genehmigt, um die Freiräumung des Neubaufeldes von Ver- und Entsorgungsleitungen zu ermöglichen.

# Zu Frage 2:

Die Baugenehmigung ist am 25.11.2015 bei der Immobilien Bremen eingegangen. Der für den 5. Februar 2016 geplante Baubeginn wird sich um rd. drei Wochen auf den 29. Februar 2016 verschieben.

# Zu Frage 3:

Der Fertigstellungstermin hat trotz der Verzögerungen im Baugenehmigungsverfahren nach wie vor Bestand. Die Baumaßnahme soll wie geplant im August 2017 abgeschlossen sein.

Frage der/des Abgeordneten Sofia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE "Status der Minderheitenangehörige aus Balkanstaaten"
Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

# Zu Frage 1, 2 und 3:

Die Daten werden statistisch nicht erfasst. Bei der ethnischen Herkunft handelt es sich um ein sogenanntes besonderes personenbezogenes Datum. Dieses darf nach den Datenschutzgesetzen des Bundes und der Länder nur verarbeitet werden, wenn die Betroffenen eine wirksame Zustimmung erteilen oder ein Gesetz dies explizit vorsieht. Dies ist hier nicht der Fall. Es kann keine Aussage zu der Anzahl der in Bremen lebenden Minderheitenangehörigen aus den Balkanstaaten getroffen werden.